



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 46
17.11.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 33 % und 31 %, SPD bei 21 % bzw. 20 %
----------------	------------------------------------------------------

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen deutlich; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------

Wichtigstes Thema:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung
--------------------	-------------------------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	32 (-)	31 (+1)	33 (-)	31 (+1)
SPD	20 (-1)	21 (-1)	21 (-)	21 (-)
FDP	12 (+1)	10 (-1)	10 (-)	11 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-1)	9 (-)	10 (+1)
B'90/Grüne	10 (-)	11 (+1)	12 (+1)	11 (-)
AfD	12 (-)	13 (-)	11 (-1)	12 (-1)
Sonstige	5 (-)	5 (+1)	4 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	09.-15.11.	14.-16.11.	10.-15.11.

Die Union liegt bei forsa 12 (+1), bei FG Wahlen 12 (-), bei Emnid 10 (+2) und bei infratest dimap 10 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei FG Wahlen bei 12 %. Dies ist der höchste Wert im ZDF-Politbarometer seit November 2016.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	50 (-2)
Schulz	22 (-)
keinen von beiden	28 (+2)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 28 (-2) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

90 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 60 % (-1) für Schulz und 21 % (-2) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.11.2017)

² im Vergleich zur KW 43

Problemlösungskompetenz

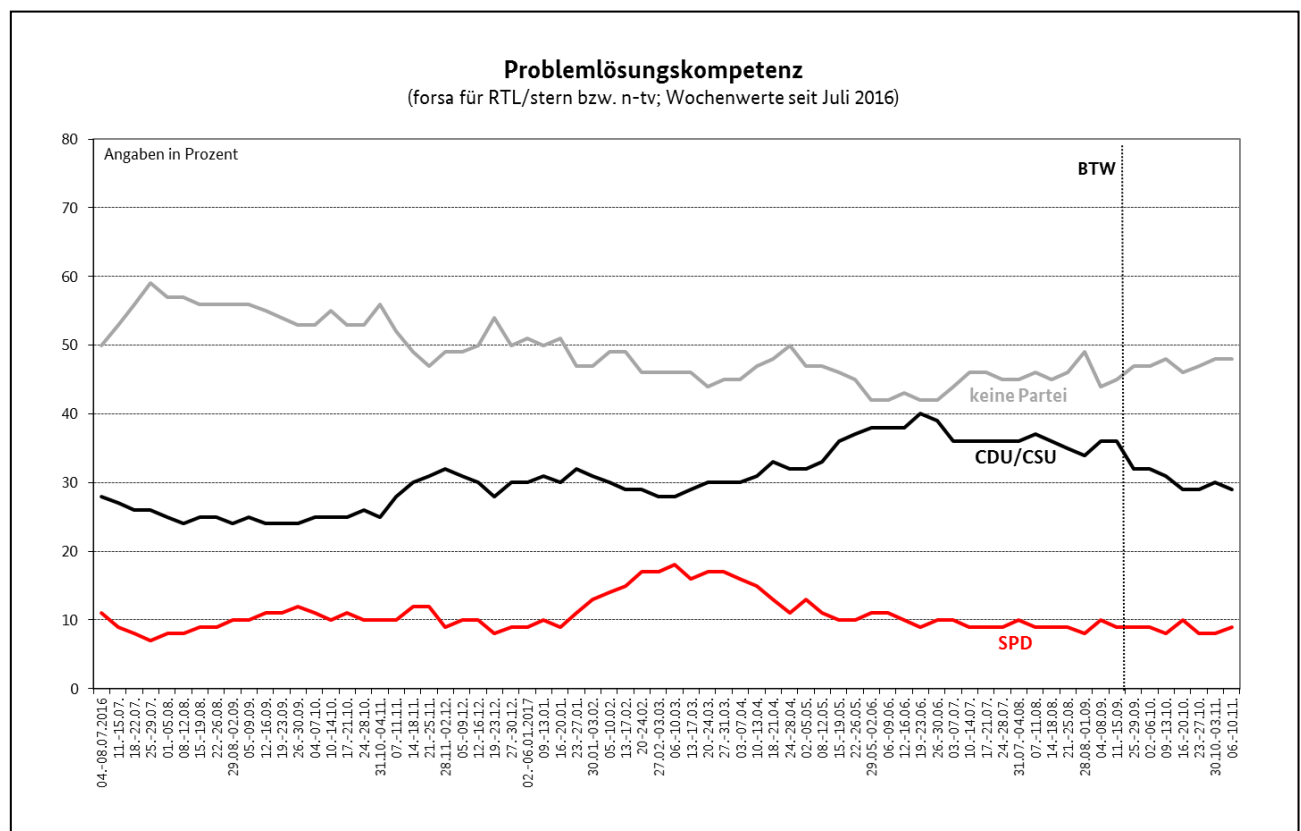
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	29 (-1)
SPD	9 (+1)
sonstige Parteien	14 (-)
keine Partei	48 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

48 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

69 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 43 % (+1) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im November 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-1)	29 (+1)	1 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (+1)	31 (-2)	4 (+1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (+2)	36 (-1)	3 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (-)	36 (-2)	6 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	52 (-2)	42 (+2)	4 (-)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+3)	41 (-2)	6 (+2)	1 (-3)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-1)	41 (-)	6 (+1)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (+2)	43 (-2)	9 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (-1)	43 (-)	9 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (-3)	42 (-)	14 (+2)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+3)	46 (-)	11 (-2)	4 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (+1)	46 (-)	11 (-2)	5 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (+4)	50 (-1)	14 (-1)	1 (-)
neue Technologien fördern	32 (+2)	53 (-1)	11 (-2)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	31 (-1)	46 (+1)	18 (+2)	3 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	29 (-4)	56 (+7)	11 (-2)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	26 (+2)	55 (-2)	13 (-2)	2 (-)
für Preisstabilität sorgen	26 (+2)	53 (-4)	16 (+2)	2 (-)
Staatsschulden begrenzen	25 (-2)	52 (+2)	17 (-2)	4 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21 (-2)	55 (-)	19 (+2)	3 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	18 (-3)	60 (+1)	16 (+1)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	08.-14.11.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (78 %) sowie von Anhängern der Grünen (80 %) und der SPD (75 %) als sehr wichtig angesehen. Anhänger der AfD (63 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Ostdeutschen (73 %), 50- bis 59-Jährigen (72 %), 30- bis 39-Jährigen (70 %), Frauen und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 67 %) sowie von Anhängern der AfD (74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Unter 30-Jährige (49 %) und Anhänger der FDP (55 %) betrachten die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen November 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2017

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	76 (+1)	18 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (+3)	18 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	72 (-2)	20 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	69 (+6)	26 (-6)
für Preisstabilität sorgen	68 (+6)	25 (-4)
Staatsschulden begrenzen	63 (+4)	30 (-1)
neue Technologien fördern	62 (+1)	30 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (-5)	36 (+5)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55 (-3)	40 (+2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	54 (-6)	42 (+5)
Verbraucherschutz stärken	53 (-)	39 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	53 (+5)	39 (-5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	53 (+3)	41 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-3)	42 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	51 (-1)	43 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-1)	47 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	47 (+2)	49 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	40 (+6)	55 (-5)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-4)	56 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+4)	55 (-6)
Steuerlast gerecht verteilen	35 (+3)	60 (-2)
Erhebungszeitraum	08.-14.11.2017	

In 15 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (76 %), für die Wirtschaftspolitik (73 %) und für die Vertretung deutscher Interessen im Ausland (72 %).

In den Politikfeldern "Arbeitslosigkeit bekämpfen", "für Preisstabilität sorgen" und "Altersversorgung langfristig sichern" bewertet im Vergleich zum Vormonat jeweils ein um 6 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" verringert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 6 Prozentpunkte.

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

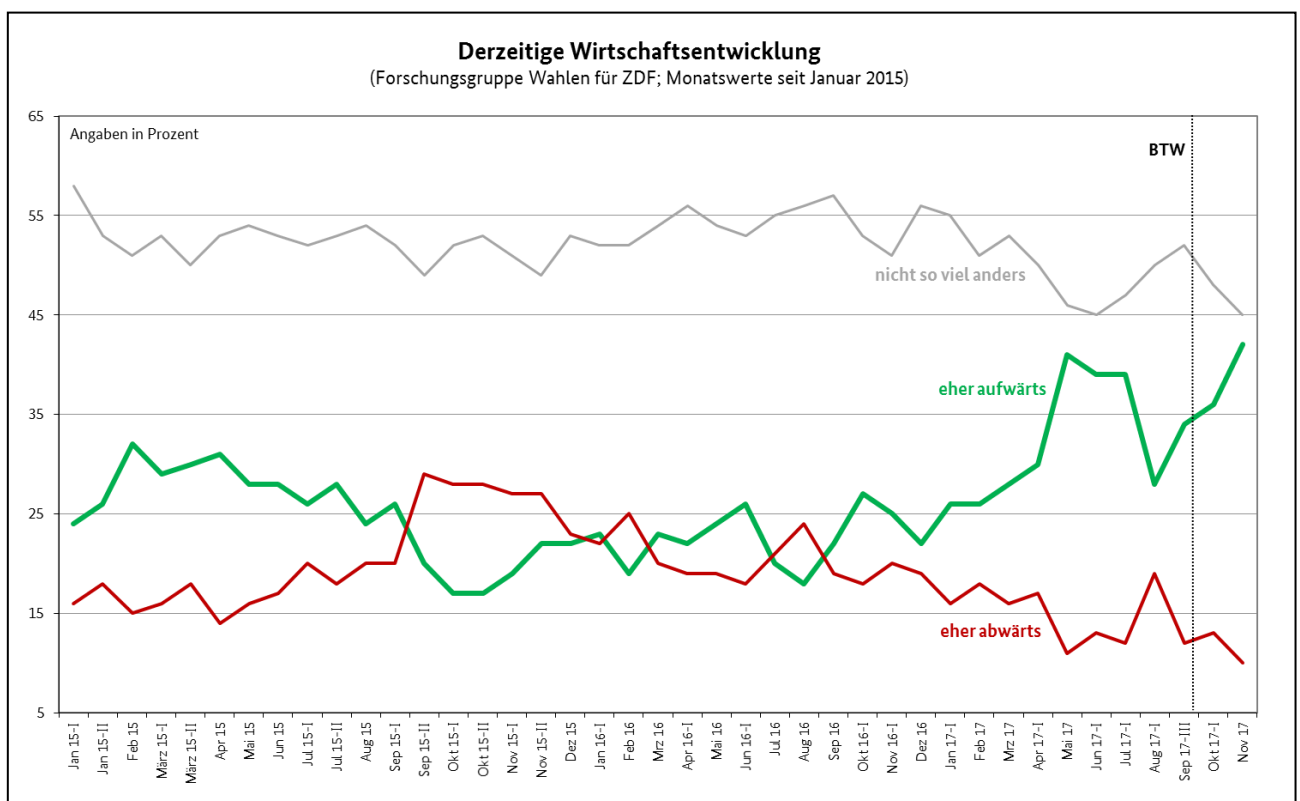
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	42	(+6)
eher abwärts	10	(-3)
nicht so viel anders	45	(-3)
Erhebungszeitraum	14.-16.11.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 41 deutlich verbessert.

Anhänger der FDP (58 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (16 %) und der Linkspartei (15 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



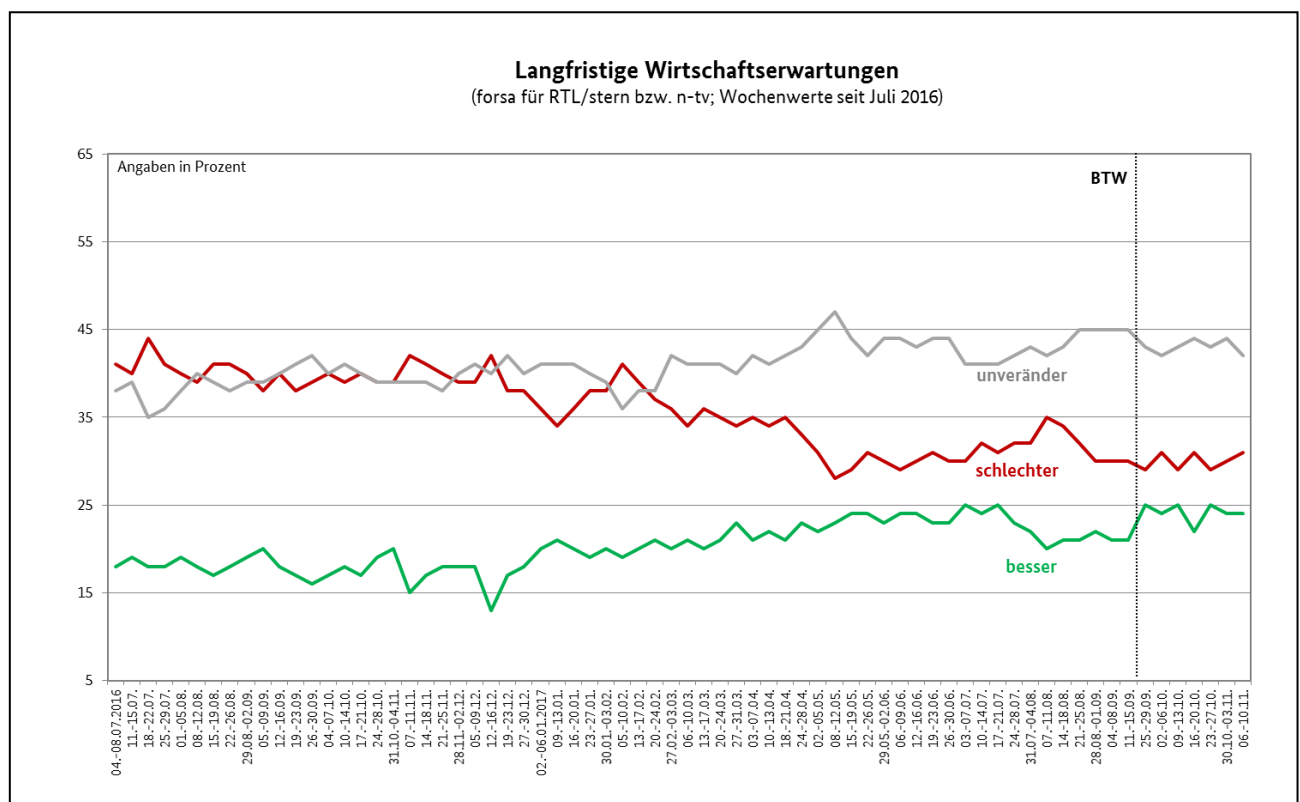
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(-)
schlechter	31	(+1)
unverändert	42	(-2)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 7 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-1)
große	49	(-1)
wenig	31	(+1)
keine	8	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	

Anhänger der SPD (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 52 %).

Unter 30-Jährige (51 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
Asien, Nordkorea	27	(-5)
USA	17	(-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-1)
Naher Osten, arabische Länder	8	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	7	(+1)
Syrien	6	(-)
Türkei	6	(-3)
Umwelt, Klima	4	(+1)
Russland	4	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

45- bis 59-Jährige (32 %) sowie Anhänger der FDP (40 %) und der Grünen (35 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Gutverdiener nennen diesen häufiger als Geringverdiener (32 % zu 18 %).

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-1)
Deutschland tut bereits genug	52	(-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	

Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) und Gutverdiener (41 %) sowie Anhänger der Grünen (60 %) und der Linkspartei (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (30 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (63 %) und Frauen (59 %) sowie Anhänger der FDP (63 %) und der Union (61 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	34	(-3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17	(+1)
verhält sich alles in allem genau richtig	46	(+2)
Erhebungszeitraum	06.-10.11.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (44 %), Ostdeutsche (42 %) und 45- bis 59-Jährige (40 %) sowie Anhänger der AfD (73 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (32 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (60 %) und der Grünen (52 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	28 (+5)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	18 (+5)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	8 (+4)
US-Präsidentschaft Donald Trump	5 (-)
Erhebungszeitraum	13.-15.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (36 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (34 % zu 23 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (35 % zu 21 %). Ostdeutsche (20 %) und unter 35-Jährige (22 %) sowie Anhänger der FDP und der Linkspartei (jeweils 18 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der AfD (44 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 50-Jährige (24 % zu 13 %).

